

**Pressemitteilung vom 4. Dezember 2019**

## **Kommentar des Landesintegrationsrates NRW zur PISA-Studie 2018**

Die in dieser Woche veröffentlichte PISA-Vergleichsstudie 2018 hält wie schon in den Jahren zuvor zwei wichtige Ergebnisse für Deutschland fest:

- ◆ Es gibt einen besonders starken Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Schulerfolg, und
- ◆ der Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt deutlich unter dem der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund.

Es handelt sich hier um einen Langzeittrend, der sich allen Anstrengungen zum Trotz nicht verändert. Es stellt sich die Frage, ob die in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen wirklich zielführend sind.

Der Landesintegrationsrat NRW weist seit der ersten PISA-Studie darauf hin, dass die Grundlage für die Verbesserung der Schulerfolge der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund darin besteht, dass ihre Stärke, nämlich ihre Kompetenzen in ihren nichtdeutschen Muttersprache, nicht als Defizit abqualifiziert wird, sondern zum Ausgangspunkt schulischen Lernens gemacht wird.

Tayfun Kelttek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW: „Der schriftsprachliche Ausbau der Muttersprachen würde diesen Schülerinnen und Schülern helfen, parallel dazu den Schriftspracherwerb in der deutschen Sprache problemlos zu meistern.“ Desweiteren könnte man auf diese Weise der vielbeschworenen Erziehung zur Mehrsprachigkeit gerecht werden und die Vorgabe der Europäischen Union, dass alle Schulabgänger über drei Sprachen verfügen sollen, erfüllen. Neben der Landessprache Deutsch und der Weltsprache Englisch sollten die unterschiedlichen Muttersprachen ihren festen Platz im schulischen Lernen finden.

Der kanadische Linguist Jim Cummins, der international führende Mehrsprachigkeitsforscher, hat bereits in den 80er Jahren diese besondere Bedeutung der Muttersprachen unterstrichen, als er die Misserfolge von Bemühungen in den USA untersuchte, den Schulerfolg von Minderheiten zu verbessern. In Deutschland sollte man endlich die Erkenntnisse der internationalen Debatte zur Kenntnis nehmen.

„Ein derartiges Vorgehen würde auch dem Gedanken der inklusiven Bildung entsprechen, dem sich auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat. Nur so kann dem benannten Langzeittrend entgegengewirkt werden“, so Tayfun Kelttek abschließend.